

Werkstätten der Demokratie

Warum das Politische eine wichtige Aufgabe für den BDKJ ist – sowohl in der Außenvertretung, als auch in der alltäglichen Gruppenarbeit

Lisi Maier (29) ist seit Mai 2012 Bundesvorsitzende des BDKJ und vertritt von Berlin aus die Anliegen der 660.000 im BDKJ organisierten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Bundespolitik. Im Interview verrät sie, warum es wichtig ist, dass der BDKJ sich politisch engagiert und was Demokratie in der katholischen Jugendverbandsarbeit genau bedeutet.

Hallo Lisi, seit eineinhalb Jahren vertrittst Du von Berlin aus die politischen Interessen der Jugend. Dafür führst Du Gespräche mit Politikern, bist in Expertenkommissionen des Bundestags aktiv und arbeitest mit verschiedenen Ministerien zusammen. Ehrlich gesagt klingt das nach einer ziemlich schwierigen Aufgabe!

Es ist auf alle Fälle eine sehr spannende Aufgabe! Ich weiß, dass ich mir die ganzen Interessen, die ich vertrete, nicht einfach selbst ausgedacht habe, sondern es sind die von Tausenden junger Menschen, die in unseren Verbänden organisiert sind. Und ich darf die Meinungen und Bedürfnisse der jungen Menschen an die Politik herantragen und repräsentieren. Das ist nicht immer einfach, macht aber auch sehr viel Spaß!

Der Slogan des BDKJ lautet „katholisch.politisch.aktiv.“. Warum steckt „politisch“ in diesem Leitwort?

Wir sehen uns aus unserem katholischen Glauben heraus in der Verantwortung, politisch aktiv zu werden und etwas in dieser Welt zu verändern. Diese christliche Verantwortung ist der

Grundpfeiler, weshalb wir uns politisch engagieren MÜSSEN. Wir bringen uns natürlich in ganz vielen Bereichen aktiv ein, aber gerade in der Politik ist es uns möglich, viel für die Lebenswelt junger Menschen zu verändern. Beispielsweise, wenn wir uns für eine gerechtere Welt einsetzen möchten: Es reicht nicht, wenn wir dies nur in unserem Nahraum tun, sondern es ist wichtig, dass wir diese Idee nach Außen tragen. Wir müssen deutlich machen, dass wir als Christinnen und Christen gesellschaftlich Verantwortung zeigen und Politik mitgestalten wollen.

Der BDKJ setzt dies auch praktisch um. Auf welche Art und Weise sind die Jugendverbände des BDKJ politisch aktiv?

Auf allen Ebenen! Die Verbände vor Ort stehen in ihrem Dorf, ihrer Stadt für die Interessen junger Menschen ein. Das zeigt zum Beispiel die KLJB in Bayern mit ihrer Kampagne „Heimvorteil“, bei der junge Menschen äußern, was eine jugendgerechte Kommune ausmacht. Wenn junge Menschen von einer politischen Entscheidung betroffen

sind, aber nicht zu Wort kommen, dann bringen sich die Jugendverbände ein und machen deutlich: Wir haben dazu eine Meinung!

Auf Kreisebene machen sich BDKJ-Kreisvorstände in den Jugendhilfeausschüssen stark und auf Bundesebene setzen wir uns unter anderem für eine eigenständige Jugendpolitik ein. Alle unsere Aktivitäten haben das Ziel, die Interessen von Kindern und Jugendlichen in den politischen Prozess einzubringen und Politikerinnen und Politikern zu erinnern, dass sie die Perspektive junger Menschen bei ihren Entscheidungen im Blick behalten müssen.

Demokratie und Partizipation spielen im BDKJ eine große Rolle. Durch die Jugendverbandsarbeit sollen junge Menschen demokratische Prozesse erlernen. Was bedeutet das genau?

Der BDKJ ist beteiligungsorientiert aufgebaut. Junge Menschen sollen selbst mitentscheiden, wie sie ihre Freizeit gestalten, welche Themen besprochen werden und welche Inhalte sie interessieren. Unsere Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie, in denen junge Menschen selbst mitentscheiden und zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern heranreifen können. Diese Demokratie, für die vor Ort der Grundstein gelegt wird, spielt auf allen weiteren Ebenen eine wichtige Rolle. Zum Beispiel werden bei uns die Leitungen aller Gremien immer demokratisch gewählt. Das ist in Kirche nicht selbstverständlich. Aber auch in der Auseinandersetzung in Leiterrunden über Kurs und Inhalte zum Beispiel eines Ferienlagers üben Jugendliche und junge Erwachsene, sich ihre Meinung zu bilden, gemeinsam abzustimmen und überzeugend für Ideen einzutreten. Das ist praktische Politik.



BDKJ-Bundesvorsitzende Lisi Maier.
Foto: BDKJ-Bundesstelle/KNA

Kannst Du ein oder zwei konkrete Beispiele für politische Aktivitäten oder Projekte des BDKJ und seiner Verbände nennen?

Die KJG hat beispielsweise auf Bundesebene die Veranstaltung „POLITIX“ organisiert. Hier konnten sich 13-17-Jährige mit der Bundespolitik auseinandersetzen und sind mit Politikerinnen und Politikern ins Gespräch gekommen. In dem Zusammenhang wurde deutlich: Junge Menschen interessieren sich für Politik. Und das zeigt, dass eine unserer Forderungen, nämlich die Wahlalterabsenkung, nicht aus der Luft gegriffen ist. Junge Menschen sehen sich sehr wohl in der Lage, ab 14 oder 16 Jahren zu wählen.

Leider wird das in der Politik oft nicht wahrgenommen, deshalb hat der BDKJ in NRW auf Landesebene die Kampagne „U28 – Die Zukunft lacht“ entwickelt, bei der Politikerinnen und Politiker über einen bestimmten Zeitraum ihre politischen Entscheidungen aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen bewerten sollen. In der gerade beginnenden neuen Legislaturperiode werden wir das auch als strategische Ausrichtung unserer Interessensvertretung mit

Bundespolitik in allen Diözesan- und Mitgliedsverbänden umsetzen.

Ein anderes Projekt in Form einer E-Partizipation ist zur Zeit „Ich mache Politik“ vom Deutschen Bundesjugendring. Bei diesem Online-Beteiligungsformat können Jugendliche eine Jugendpolitik mitentwickeln, indem sie Meinungen und Erfahrungen beispielsweise zu den Themen Bildung und Partizipation einbringen. Dies wird in den politischen Prozess eingebracht. Hier ist es wichtig, dass die Jugendlichen wirklich spüren: Das ist nicht nur eine Schein-Beteiligung und es kommt nichts dabei raus außer ein feuchter Händedruck, sondern da passiert wirklich etwas durch das, was ich eingebracht habe.

Zum Schluss ein Blick in die Zukunft: Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD steht endlich. In ihren Wahlprogrammen hatten die Parteien angekündigt, die Jugendverbandsarbeit stärken und fördern zu wollen. Was erhoffst Du Dir von der großen Koalition?

Wir sind sehr zufrieden mit dem Abschnitt im Koalitionsvertrag über die Jugendverbandsarbeit. Die Aussage, dass

die Jugendverbandsarbeit wichtig für unsere Gesellschaft ist und gefördert werden muss, stimmt uns zuversichtlich. Bezüglich einer eigenständigen Jugendpolitik geht der Vertrag auch auf den „Jugend-Check“ ein. Der Jugend-Check ist ein Instrument, das auf alle Gesetzesinitiativen angewandt werden und bezwecken soll, dass Politikerinnen und Politiker auch die Perspektive von jungen Menschen einnehmen müssen, wenn sie über Finanzpolitik oder Wirtschaftspolitik Entscheidungen treffen. Wir wissen noch nicht, welche Folgen der Jugend-Check wirklich haben wird, aber es ist ein gutes Zeichen, dass junge Menschen bei politischen Gesetzesvorhaben bedacht werden sollen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Ann-Christin Ladermann

Fair gehandelte Nikoläuse im NRW-Landtag

Die Abgeordneten des Landtags in Nordrhein-Westfalen hatten ihre geputzten Schuhe nicht vor den Landtag gestellt – und bekamen dennoch Besuch vom heiligen Nikolaus. Gemeinsam mit seinen Helferinnen und Helfern vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend (AEJ) beschenkte der Nikolaus sie mit fair gehandelter Schokolade. „Für uns ist es eine Frage der Ehre, das Nikolausfest mit einer politischen Botschaft zu verbinden: Nikolaus, der Patron der Kaufleute und Händler, erinnert uns daran, wie wichtig es ist, kritisch zu konsumieren und auf gute Produktionsbedingungen zu achten“, sagte Tobias Agreiter, Vorsitzender des BDKJ NRW. „Wir möchten, dass der Kakao unter fairen Bedingungen produziert wird. Nur so können wir die süße Adventszeit richtig genießen“, erklärte Agreiter die Botschaft der Jugendverbände „Mach’s wie Nikolaus – handle fair“.



Der Nikolaus besuchte gemeinsam mit den BDKJ-Landesvorsitzenden Sarah Primus (links) und Tobias Agreiter (rechts) die Parlamentarier im NRW-Landtag: Jugendministerin Ute Schäfer (SPD), Dagmar Hanses (Grüne), Andrea Asch (Grüne), Wolfgang Jörg (SPD), Bernhard Tenhumberg (CDU) (v.l.n.r.)
Foto: BDKJ NRW